

Streik



Vielleicht können wir in der nächsten Woche von einem Genralstreik in Berlin berichten. Bisher streikt nur die TU. Aber, ...

Seite 2

Big Brother



Die größten unter den uns beschauenden großen Brüdern bekommen dafür seit einigen Jahren einen hässlichen aber sinnigen Pokal

Seite 3

Buch



Über die vielen Beleidigungen, denen Nazi-ZwangsarbeiterInnen auch heute noch ausgesetzt sind, berichtet ein neues Buch

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Patient Hessische Hochschulen Operation „Unsichere Zukunft“

Im September erklart der Pauken-schlag, den man in Hessen von der CDU schon lange erwartet hatte: Die „Operation Sichere Zukunft“ der Landesregierung, ein Kürzungskatalog über mehr als eine Mrd. Euro, sollte Hessen reformieren und es an die „Spitze Deutschlands“ bringen. In Gesetzesform heißt die „Operation“ nun „Zukunftssicherungsgesetz“ (ZSG) und läutet für viele in Hessen eine sehr unsichere Zukunft ein, denn betroffen sind ausschließlich Menschen ohne politische Lobby: Menschen in sozialer Not, Angestellte im öffentlichen Dienst, Studierende und Menschen mit Behinderung.

Teil des ZSG ist auch das Studienguthabengesetz (StuGuG). Nach dem aktuellen Entwurf bekommen alle Studierenden in Hessen ein gewisses Studienguthaben zur Verfügung gestellt, das sich aus der Regelstudienzeit zusätzlich einem gewissen Bonus zusammensetzt: Drei Semester „Überziehung“ bei

einer Regelstudienzeit von bis zu sieben Semester, vier Semester bei einer Regelstudienzeit ab acht Semester. Danach werden Strafen fällig, 500 Euro im ersten, 700 Euro im zweiten, 900 Euro ab dem dritten „guthabenlosen“ Semester. Für ein Zweitstudium sollen gar bis zu 1500 Euro möglich sein. Außerdem wird ein Verwaltungskostenbeitrag von 50 Euro pro Semester für alle eingeführt. Gleichzeitig werden den Hochschulen im Landeshaushalt 30 Mio. Euro gestrichen. Die teils desolaten Zustände an den Hochschulen werden sich weiterhin verschlechtern.

Besonders an diesem Gebührenentwurf dürfte nicht nur die Höhe der Gebühren, der Zeitraum der Einführung (ab 1. Januar 2004) und seine flankierenden Maßnahmen sein, sondern auch die Palette seiner GegnerInnen: Alle hessischen Studierendenvertretungen, Hochschulpräsidenten, Gewerkschaften und Oppositionsparteien (Grüne, SPD, FDP) sprechen sich dagegen aus. In einer Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst des hessischen Landtages stellten sich schwerwiegende Mängel am Gesetz sowie die fast einhellige Ablehnung heraus. Das Resultat des dreistündigen Verhs für den CDU-geführten Ausschuss: Das Gesetz wurde dem Landtag „zur Annahme“ weiterempfohlen.

An den hessischen Hochschulen regt sich seit einiger Zeit Protest: Besonders in Gießen, Marburg, Frankfurt und Darmstadt protestieren Studierende in wöchentlicher Regelmäßigkeit. An vielen Hochschulen wird gestreikt. Durchgehend ist nicht nur die Ablehnung von Studiengebühren, sondern auch die kritische Stellungnahme zu den übrigen Kürzungen in den Sozialleistungen der Landesregierung, Innenstadttaktionen, Besuche öffentlicher Auftritte von Regierungsmitgliedern, Demos und eine intensive lokale und überregionale Pressearbeit sind in allen hessischen Hochschulstädten an der Tagesordnung. Der Ministerpräsident zeigt sich allerdings wenig beeindruckt. Bei der Wiedereröffnung des Senckenbergmuseums in Frankfurt, die von lautstarkem Protest begleitet wurde, sagte er: „Die Studenten sollen demonstrieren, so lange sie möchten, das gehört zu einer Demokratie dazu – wir werden die Gebühren trotzdem durchsetzen.“ Kurz danach ließ sich Koch mit über den Kopf gezogenem Jackett in einen Polizeiwagen mit Schlagstockeinsatz durch eine Studi-Blockade begleiten.

Gerade aber diese Ignoranz weist die hessische Sparpolitik aus: Gegen den Widerstand der breiten hessischen Öffentlichkeit, gegen den Protest von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Studierenden, ungeachtet der Argumente und Gesprächsbereitschaft aus den Reihen der Betroffenen bringen nun Koch und KollegInnen Kürzungen in Anschlag, die für viele Bürgerinnen und Bürger Hessens fatale Folgen haben werden. Mit akribischer Gründlichkeit werden minimale Haushaltsposten im hessischen Haushalt weiter gekürzt, so zum Beispiel die 30%ige Reduzierung des Blindengeldes. Gelder für Schwangerschaft-, Schuldner- oder Drogenberatung müssen ebenso wie die Förderung von Frauenhäusern und Integrationsmaßnahmen dran glauben. Andere Posten werden hingegen nicht angetastet, so die Förderung der Vertriebenenverbände oder die 80 Mio. Euro teure neue Staatskanzlei. Nach wie vor allerdings nennt die Landesregierung ihre Sparvor-schläge „ausgewogen und sozial gerecht“.

Durchweg beweist die Regierung mit der „Operation Sichere Zukunft“ nur eines: Ihr reaktionäres Weltbild und ihr unbedingter Wille, Hessen zu dessen Abbild zu formen. Mit dem Versuch, diese „Reformen“ durch reine Machtpolitik durchzusetzen, wächst allerdings auch der Widerstand auf Seiten der Studierenden. Letztlich wird sich die Regierung fragen lassen müssen, ob sich Hessen Studiengebühren, Sozialkalkschlag und eine solche Interessenspolitik leisten kann.

Thomas Schmitt ist Referent für Hochschulpolitik im AstA der Justus-Liebig-Universität Gießen



Tag der Gewalt gegen Frauen am 25. November Smash Patriarchy

Auf einem Treffen lateinamerikanischer Frauen in Bogotá (Kolumbien) wurde im Jahr 1981 der 25. November zum „Internationalen Tag der Gewalt gegen Frauen“ erklärt. Das Datum erinnert an die Ermordung der drei Schwestern Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabel aus der Dominikanischen Republik, die am 25. November 1960 auf Veranlassung des Diktators Leónidas Trujillo umgebracht wurden. Die Schwestern waren Mitglieder der Widerstandsbe-wegung „14. Juni“ und das Attentat auf sie wurde vom dominikanischen Geheimdienst als Autoun-fall getarnt – eine damals übliche Praxis, sich politische GegnerInnen vom Hals zu schaffen.

Die Diskussionen auf dem Kongress in Bogotá darüber, was unter „Gewalt gegen Frauen“ zu verstehen sei, wurden sehr kontrovers geführt. Man einigte sich schließlich auf einen weit gefassten Gewaltbegriff, der das Machismo-Verhalten als Ausdruck eines Herrschaftsverhältnisses ebenso mit einschloss wie die Gewalt, denen oppositionelle Frauen nach Verhaftungen ausgesetzt waren (Folter, Vergewaltigungen). Der „Internationale Tage der Gewalt gegen Frauen“ wurde bis heute von 101 Ländern vor der Ständigen Kommission der UNO ratifiziert.

Alltägliche Gewalt

Seit einigen Jahren finden am diesem Tag auch in Europa Aktionen statt. Das Aktionsspektrum ist

breit und richtet sich gegen jede Form von Gewalt, die von patriarchalen Herrschaftsstrukturen ausgeht oder diese verschlei-ert. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn euphemistisch von „häuslicher Gewalt“ die Rede ist, eigentlich aber die Gewalt eines (Ehe-)Mannes gegen die Frau gemeint ist. Denn auch in der BRD findet ein Großteil der Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahumfeld statt – der sich hinterm Busch versteckende Vergewaltiger (wie er gerade im Umfeld für Verunsicherung sorgt) ist statistisch gesehen die absolute Ausnahme. Gewalt gegen Frauen besitzt dabei eine erschreckende Alltäglichkeit: Laut Statistiken der Weltgesundheitsorganisation ist weltweit jede fünfte Frau von Gewalt betroffen, die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Zwar gibt es derzeit gesetzliche Bestrebungen im Rahmen des „Aktionsplanes gegen Gewalt an Frauen“ der Bundesregierung, die die Situation von Frauen in einer solchen Lage verbessern sollen (z.B. die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe), der rechtliche Rahmen allein verhindert Gewalt gegen Frauen jedoch nicht. Denn insbesondere eine Anzeige gegen den eigenen Mann ist ein Schritt, vor dem sich viele Frauen nach wie vor scheuen. Zugleich finden im Bereich von Initiativen, die betroffenen Frauen helfen wollen, ebenso Kürzungen statt wie in allen anderen öffentlichen Bereichen. Viele Frauenhäuser, Frauennotrufe oder Migrantinnen-

organisationen fürchten nun um ihre Existenz.

Zur Situation von Migrantinnen

Insbesondere Migrantinnen sind den patriarchalen Strukturen dabei noch schlimmer ausgesetzt, zumeist werden die Ursachen der Migration von Frauen nicht einmal thematisiert. Zwar hat eine Novellierung des AusländerInnen-gesetzes immerhin dazu geführt, dass verheiratete Frauen mittlerweile nach zwei anstatt erst nach vier Jahren einen eigenen Aufenthaltsstatus erhalten. Ausländische Frauen, die in einer Ehe Opfer von Gewalt wurden und sich trennen, erhalten den eigenständigen Aufenthaltsstatus sofort, der Nachweis solcher Gewalt ist jedoch oft sehr schwierig.

Die lange Debatte um die Anerkennung geschlechtsspezifischer Migrationsgründe hat gezeigt, dass diese alles andere als selbst-

Fortsetzung auf Seite 2

:bochum in kürze

Stadt Bochum und die SPD

Mit ihrem Ansinnen, den gesamten Stadtpark anzumieten, ist die SPD gescheitert. Zwar war das Feiertagsgesetz NRW heilig genug, um für ein Demonstrationsverbot zwischen 9 und 11 Uhr im, um und um den Stadtpark herum die Begründung zu liefern. Dass die Stadt Bochum aber einfach fast den gesamten Stadtpark durch eine Sondernutzungsgenehmigung der SPD vermieten wollte, sah das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gar nicht ein. Somit gelang es nicht, die BochumerInnen vom nachrichtlichbesuchlichem Spaziergang im Park abzuhalten.

Rinderwahnsinn wieder auf der Bühne

Das lurch.theater zeigt wieder „Rinderwahnsinn“ im Musikischen Zentrum. Am Samstag, den 22. November gibt es ab 19.30 Uhr ein Wiedersehen mit Muttermeinhof, Karlmarx & Co. Die gemeine Komödie von John von Düffel lässt die revolutionären 68er-Eltern auf ihre Kinder treffen: Der Generationskonflikt gerät zum Wahnsinn. Die Inszenierung des Bochumer Kollektivs setzt auf rhythmisierte Alltagsrituale, starke Präsenz der Spielenden – und laute Musik. Mehr Infos und Karten unter www.lurch-theater.de/rw

Geld schnorren leicht gemacht

Für viele AkademikerInnen ist die Arbeitslosigkeit bekanntermaßen meist fester Bestandteil des nachuniversitären Lebens. Eine angenehme und noch dazu intellektuell anregende Möglichkeit der Sozialhilfe oder „zumutbarer“ Arbeit wie Hecken schneiden im Park zu entgehen, bietet dann oftmals die Promotion. Sie erhöht zwar in der Regel nicht die Chancen, irgendwo unterzukommen, aber immerhin kann man dadurch einige Jahre relativ selbstständig arbeiten und auch der Wecker macht einer/einem das Leben nicht immer zur Hölle. Da der ASTA sich um alles kümmert, ist er nun fertig, der erste, offizielle Stipendienreader des ASTA der RUB. Diese kostenlose Informationsbroschüre wurde vom Servicereferat erstellt, weil Individualförderung in Zeiten von Studiengebühren, Bildungsprivatisierung und sogenannten „knappen Kassen“ leider immer wichtiger wird. Da zudem nur sehr wenige Leute BAföG-Mittel erhalten, und die Sätze des BAföG nicht immer zum Lebensunterhalt ausreichen, informiert der ASTA euch, wo und wie ihr an zusätzliches Geld mittels Stipendien herankommen könnt. Der Reader liegt im ASTA aus oder kann auch im Netz (unter www.asta-bochum.de) heruntergeladen werden.

Wer hat uns verraten...?

Der in Bochum stattfindende SPD-Parteitag in der verbotenen Zone rund um den RuhrCongress zieht erwartungsgemäß zahlreiche DemonstrantInnen an. Da ein Großteil der Demos nach Redaktionsschluss stattfindet, weisen wir unsere verehrten LeserInnen daraufhin, daß auf dem Internetportal www.bo-alternativ.de aktuelle Berichte und Fotos zu den Demonstrationen zu finden sind.

Grüne Revision

Seit ihrer Gründung (irgendwann in den siebziger Jahren) gelingt es der Grünen Partei zunehmend, das alte Motto „wer mit zwanzig kein Anarchist gewesen ist, aus dem wird nie ein guter Demokrat“ (FSK) Wirklichkeit werden zu lassen. Die Partei, deren frühere ökologische „Radikalität“ in Dosenpfand und der Abwicklung von maroden, unrentablen AKW's verpufft ist, wollte erstmals auch kreativ sein und in ihrem politischen Auftreten neue Wege gehen. Kreativ sein bedeutet heutzutage, Gutachten in Auftrag zu geben, welche den literarisch höchst originellen Titel „Eckpunkte eines StudienCredit-Modells zur Finanzierung der Hochschulen in Baden-Württemberg“ tragen. Wer nach diesem Missbrauch an der Sprache das ganze Ding noch nicht in die Ecke gepfeffert hat – es dürften nur wenige sein – findet dort wenig Kluges, aber einen erhellenden Satz. Denn auf Seite 65 heißt es: „Ausgehend von den Festlegungen des Auftraggebers [die Grünenfraktion im Landtag Baden Württemberg, die bsz] sollen für das Masterstudium Studiengebühren erhoben werden.“ Die Grünen denken wohl, diese reaktionäre Forderung sei angesichts der Tatsache, dass in Deutschland neuerdings nur KommunistInnen und Alt-Autonome das Sagen haben, eine wahrlich anarchistische und radikale Forderung. Anscheinend haben die Grünen in Baden-Württemberg noch nicht bemerkt, dass ihre Mutterpartei inzwischen zur Regierungspartei aufgestiegen ist und somit diese Ideen sicherlich bald umsetzen wird.

Studistreiks in Berlin Nach den 80ern nun die 68er wieder in Mode

Wer hätte gedacht, dass die Bochumer Uni und mit ihr viele NRW-Unis die Avantgarde von Studiprotessen sein würden? Denn wenn man sich die Proteste, die zur Zeit in Hessen (S. Artikel auf Seite 1) und Berlin ablaufen, anschaut, fühlt man sich schneller als einem/r lieb ist an die Situation in NRW im vergangenen Sommersemester erinnert. Die Argumentation und auch die Formen des Protests der Studierenden-schaften ähneln sich in beiden Fällen stark.

In Berlin etwa verweist der Senat immer gerne auf die katastrophale Haushaltslage, um rigide Sparmaßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich zu rechtfertigen. So sollen nach dem aktuellen Haushaltsplan langfristig (d.h. bis 2007) im Sozialbereich 35 Millionen Euro eingespart werden. Am härtesten betroffen von den Sparmaßnahmen wäre aber der Bereich der Kindertagesstätten, für den Kürzungen von 102 Mio. Euro vorgesehen sind. Einzig erfreulich auf diesem Gebiet ist die Tatsache, dass auch bei der Polizei einige Stellen nicht wieder neu besetzt werden sollen, um dadurch knapp 70 Millionen Euro einzusparen. Menschen, die also bald keine Sozialhilfe- oder Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten und Kindern, die keinen Kita-Platz bekommen, sei an dieser Stelle eine Karriere als Klein- oder wahlweise auch Großkriminelle empfohlen. Es könnte sich nicht nur lohnen, sondern in Zukunft auch um ein vielfaches einfacher werden.

Kürzungen an den Unis

Wie die bsz bereits berichtete (s. bsz Nr. 596), erwarten auch die Berliner Universitäten heftige finanzielle Einschnitte. Allein an der Technischen Universität sollen 33 Mio. Euro eingespart werden, angesichts eines Schuldenbergs des Stadtstaates von 52,5 Milliarden Euro und einer jährlichen Neuverschuldung von 4 Milliarden Euro sind diese Kürzungen aber nur Peanutts. Keine Peanutts aber wären diese Streichungen für die TU. Denn die Uni sähe sich bei Kürzungen dieses Ausmaßes genötigt, einen Einstellungsstopp zu verhängen, was voraussichtlich die Schließung von zwei von acht Fakultäten

(an der TU wären wohl zunächst die Geisteswissenschaften betroffen) zur Folge hätte.

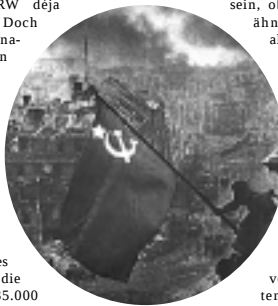
Wir streiken!

Seit neuestem gibt es nun in Berlin Pläne, auch dort das berüchtigte Studienkontenmodell einzuführen, welches ja laut einer gewagten hermeneutischen Interpretation der verantwortlichen PolitikerInnen kein Studiengebührenmodell ist – wie gesagt, die Situation hat für Menschen aus NRW déjà vu-haften Charakter. Doch durch messerscharfe Analyse geschult, riechen die Berliner Studis den ziemlich abgemagerten Braten und rufen zu Protesten auf.

Die TU befindet sich seit dem 5. November in einem unbefristeten Streik der – solange nichts anderes beschlossen wird – andauern soll, bis die Gebührenfreiheit des Studiums garantiert und die Ausfinanzierung von 135.000 Studienplätzen für Gesamtberlin gesichert ist. Viele Veranstaltungen finden zwar trotz des Streiks statt, einige Vorlesungen werden aber gestört oder an öffentlichen Plätzen gehalten, um so auf die Situation der StudentInnen aufmerksam zu machen. Auch hier also Parallelitäten zum letzten Jahr im Sommer in NRW. Dem Aufruf der Studierenden der TU zu einer Großdemonstration waren am Samstag etwa 6.000 Studis und

SchülerInnen gefolgt. In einem breiten Protestzug zogen sie durch Berlin. Dabei kam es nach dem offiziellen Ende der Demo noch zu einigen spektakulären Aktionen in Kaufhäusern und U-Bahn Stationen, bei denen vor allem die übrige Berliner Bevölkerung über die Situation an den Unis, aber auch den Gesamtzusammenhang und die anstehenden Kürzungen im Sozialbereich informiert werden sollte.

An den anderen großen Unis, der Humboldt und der Freien Universität, wird es im Laufe dieser Woche zu Vollversammlungen und im Anschluss vielleicht zu Streiks kommen. Die Situation bleibt angespannt. Es wird abzuwarten sein, ob die Proteste in Berlin, ähnlich wie die in NRW, allmählich im Sande verlaufen und die bevorstehenden Studiengebühren dann nicht zu verhindern sein werden oder ob Berlin die Rolle der revolutionären Avantgarde von NRW übernimmt. Dies würde dann bedeuten, dass die Streiks lange fortgesetzt würden, die Pläne verhindert werden könnten und somit, wie schon vor 35 Jahren, Berlin eine Signalwirkung für den Rest des Landes haben würde.



Unterschriftenlisten, mit denen die Berliner Studis in ihrer Forderung nach freier Bildung unterstützt werden können, liegen auch im Bochumer ASTA aus.

WC

Bolzende Trash-Electronic T.Raumschmiere

Mit seinem im Oktober auf Novamute erschienenen Album „Radio Blackout“ gelingt es Marco Haas, aka T.Raumschmiere, sowohl Elektro als auch Rock vom selbst auferlegten Druck der eigenen Stilidentität zu lösen. Fernab von halbgaren Crossover-Versuchen, Techno mit Metal-Riffs zu kombinieren, schafft es T.Raumschmiere, Elektro durch knarrende und rumplende Sounds und Beats zum Rocken zu bringen.

Rein von seiner äußerlichen Erscheinung passt Marco Haas mal so gar nicht in das Bild vom Elektromusiker und DJ, denn neben der obligatorischen überdimensionalen Truckerkappe zieren den jungen Mann noch eine Pilotenbrille, Nasenpiercing, Vollbart und eine großflächige Tätowierung der Schulter und beider Arme. Dies kann man zusätzlich zu der Musik mit Sicherheit auf seine musikalische Punk- und Hardcoresozialisation zurückführen, da T.Raumschmiere, der Name stammt übrigens von einer Kurzgeschichte William S. Burroughs, vor und während seiner Zeit als Electroact Schlagzeug bei Crackhouse Society (ehemals Mos Eisley Rock), einer Hardcoreband, spielt.

Heidelberg, die Heimatstadt von Haas, war alles andere als das richtige Pflaster für den von ihm gespielten Sound, so dass 1997 als logische Konsequenz der Umzug nach Berlin folgte.

Die Hauptstadt bot das richtige Umfeld für ihn und sein Label Shitkatapult, welches noch von Sascha Ring, aka Apparat, betrieben wird. Neben den genannten Acts finden sich noch vielversprechende Künstler wie Das Bierbeben oder Phon.o auf dem Label wieder.

Im letzten Jahr schien dann letztendlich alles zu stimmen und T.Raumschmiere legte unter großer medialer Beachtung mit „The great rock'n'roll swindle“ eine 12“ hin, die ihm den Weg endgültig ebnete. Getreu des Mottos der namenstiftenden Sex Pistols-

Platte war hierauf nur ein neuer Song vertreten.

Dabei sind T.Raumschmiere-Tracks alles andere als dumpe Stampfbretter. Die meist angeschuffelten, swingenden Beats werden mit übersteuerten Basslinien, Rückkopplungen, klickenden Sounds und treibenden Melodien versehen und wenn dann noch Miss Kittin „I'm a rock'n'roll disaster“ singt, ist ravemäßig ausrasten angesagt. Nichts desto trotz haben die Stücke vom strukturellen Aufbau fast mehr Ähnlichkeit mit Songs als House- oder Technotracks. Gekonnt werden die Stücke eingeleitet, deren Dynamik sich aus auf- und abbaubenden Teilen zieht, um nach dem auditiven Klimax wieder dekonstruiert zu werden. Darüber hinaus wird auch ruhigeren, dubigen Tracks auf „Radio Blackout“ Platz eingeräumt.

Die rotzige Attitüde der Lieder findet sich auch in den Songtiteln wie „Monsterturckdriver“ oder „I'm not deaf, I'm ignoring“ you wieder.

Die extatischen Bühnenperformances, ob als Live-Act oder DJ, bilden des weiteren ein wichtiges Fragment im T.Raumschmiere-Kosmos. Während der Show zieht sich Marco Haas meistens bis auf die Boxershorts aus und bearbeitet mit pumpenden Bewegungen sein Equipment, welches im Anschluß in bester Rock'n'Roll-Manier zerlegt wird, nachdem er auf ihm rumgekrochen ist und es ordentlich malträtiert hat. Wer dieses Jahr beim Juicy Beats Festival in Dortmund anwesend war, konnte selber Zeuge davon werden, wie der Gute auf dem DJ-Pult rumsprang und dem Publikum harte Beats aus den Ohren haute.

Für die nächste Festivalsaison brütet T.Raumschmiere gerade Pläne für eine Punk-ElectroTrashBand aus, man darf also gespannt bleiben.

papStar

Mehr Infos unter: www.shitkatapult.com; das Video zu Monsterturckdriver gibt es bei: www.clipspion.de



Fortsetzung von Seite 1

Gewalt

verständlich ist. Oft bleibt Frauen deswegen nichts anderes als die Wahl zwischen Ehe, Abschiebung oder Illegalität, um entweder der Gewalt im Herkunfts- oder im Migrationsland zu entgehen. Die Nachrichten über aufgedeckte Menschenhandelsringe sind dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Mit einer Demonstration am 29. November gegen den Frauenabschiebenkass in Neuss, zu der auch der ASTA der Ruhr-Uni aufruft, soll vor allem auf die geschlechtsspezifischen Ursachen und Probleme von migrierenden Frauen aufmerksam gemacht werden. In ihrer konkreten Form äußern sich diese in der Situation im Neusser Knast: Unzureichende medizinische Versorgung (obwohl sich Schwangere unter den Gefangenen befinden), Verbot des Kontakts zur Außenwelt und Vorenthalten von Infos über den Status des Verfahrens.

vw

Im Rahmen des „Internationalen Tages der Gewalt gegen Frauen“ am 25. November möchten wir auf folgenden Veranstaltungen hinweisen:

25. November, 19 Uhr: Frauen in Afghanistan – kein Thema mehr?, Veranstaltung mit Sabine Fründt im Frauengesundheitszentrum, Aisenstraße

29. November, 12 Uhr, Hbf. Neuss: Demonstration „Kampf dem sexistischen und rassistischen Normalzustand! Demonstration gegen das Frauenabschiebegefängnis“

Peaches doesn't care about her reputation

Warum kann ein Mann nicht lesbisch sein?

Auf ihrem nicht mehr ganz so neuen Album „Fatherfucker“ sorgt sich Peaches recht rührend um die Männerwelt. Denn mit ihrem programmatischen „Shake yer Dix“ will sie nach eigener Aussage „den Typen einfach eine Chance geben, denn irgendwie tun sie mir ja Leid, weil immer nur die Mädchen schütteln dürfen und nie die Jungs.“

Diese beißende Ironie ist es auch, die den Anti-Sexismus der Berlin-Kanadierin niemals ins Peinliche abgleiten lässt. Schon der Albumtitel verrät, dass ein Pfeiler des Konzeptes von Peaches ist, die Geschlechterverhältnisse in der Rockmusik und im Leben im allgemeinen gehörig auf den Kopf zu stellen. Statt auf konformistische „Reklamation“ setzt sie dabei auf das aggressive Behaupten der eigenen (sexuellen) Wünsche und Gelüste. Anders als pretty ladies wie Britney Spears oder Jennifer Lopez – deren Schönheit im übrigen vor allem pretty boring ist – setzt sie auf das Weibliche nicht als Objekt männlicher Begierde

, sondern präsentiert sich als selbstbestimmtes Subjekt, das entscheidet, mit wem sie wann und wo ins Kistchen oder andere Dinge hüpfen. Dabei machen Albumtitel, Cover und auch Songs wie das bereits angeführte „Shake yer dix“ oder auch „I U She“ deutlich, dass es dabei um mehr geht als nur eine andere Form der sexuellen Verfügbarkeit von Frauen. Vielmehr werden scheinbar selbstverständliche (Rock-)Klischees

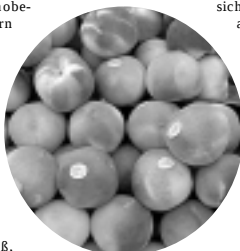
von arsch- und tittenschwingenden Frauen, die den ganzen Tag über in vielen Musikvideos vor der Kamera herumhüpfen, umgedeutet und somit deren Sexismus nicht mit dem erhobenen Zeigefinger gemaßregelt, sondern ironisch gebrochen und umgepolst. So sagt die Sängerin auch selber zu dem Titel ihres Albums: „Ich finde, Motherfucker ist eines der beleidigendsten, schockierendsten Wörter überhaupt. Es ist mittlerweile so fest im täglichen Sprachgebrauch verankert, dass die Leute es zehnmal am Tag gebrauchen. Ich wollte dazu keine moralische Gegenposition aufbauen und sagen: Oh, dieses schlimme Wort dürfen wir nicht mehr aussprechen. Ich finde bloß, dass wir im Gegenzug dann eben auch Fatherfucker sagen sollten.“ Ob es Menschen gibt, die dieses Wort nach dem Hören der Platte in ihren Wortschatz aufnehmen, sei an dieser Stelle mal dahingestellt, zu vermuten wäre aber, dass dies nicht passiert.

I like girls and I like boys



Musikalisch herrscht eine angenehme Art von Stumpertum und eine gehörige Portion Trash. Die billig klingende Groove-Box, die elektronisch generierten Sounds sind selbstironisch unperfekt und herrlich fragil. Dort wo, der erneute Rückgriff und Vergleich sei verziehen, Hitparadenproduktionen aufwendig produziert klingen, musikalisch aber gar nichts auf den Hacken haben, sondern von jedem/jeder MusikschülerIn nachgespielt werden können, gibt sich Peaches bewusst dilletantisch und ist somit auch weit entfernt von den (männlich konnotierten) Gesten des Bombastrocks. Statt diesem enormierenden Pathos nun mit leisen, aufwendig disharmonischen Avantgardekompositionen zu

begegnen, setzt Peaches dabei selber auf eingängige, stark rhythmisierte Melodien. Dabei erinnert sie sicherlich nicht zufällig an ihre FreundInnen wie Gonzales oder Chicks on Speed.



Klischeereproduktion?

Angesichts der Tatsache, dass starke Frauenbilder in der Zwischenzeit (vgl. etwa Filme wie Kill Bill oder Drei Engel für Charlie) auch in der Mainstream-Unterhaltung angekommen sind, ohne dass sich an den Geschlechterverhältnissen in der Gesellschaft Wesentliches geändert hat, bleibt die Frage, inwieweit das skizzierte Konzept zur Subversion taugt. Problematisch kann dieses Konzept auch deswegen werden, da Peaches auf „Fatherfucker“ mit altbekannten Rock-Rhythmen arbeitet. Da bliebe dann die Frage, inwieweit eine veränderte Aneignung von männlich dominierter Rockmusik durch Verwendung von Rockmusik selber möglich ist. Nötig wäre zu einer Subversion vermutlich doch eine komplett andere Form von Musik. Doch angesichts der Tatsache, dass „Fatherfucker“ derart rockt und im Gehirn ordentlich rumpelt, können diese Fragen getrost in der Ecke warten. Und auch Peaches scheinen diese Fragen eher am Rande zu interessieren, denn im Opener zu ihrem aktuellen Album heißt es vielsagend: „I don't give a fuck 'bout my reputation.“

Peaches: Fatherfucker; XL Recordi (Zomba)

Big Brother Awards 2003

Oscars für Datenkraken

Wer schon mal in Kontakt mit den stets freundlichen MitarbeiterInnen der Gebühreneinzugszentrale gekommen ist, kann sich schon denken, was eben diese GEZ von Datenschutz und Privatsphäre hält. Und da die GEZ nicht nur bei der Vor-Ort-Überprüfung, sondern auch bei der Sammlung von Adressdaten nicht gerade zimperlich ist, wurde sie in diesem Jahr mit dem Lifetime-Award ausgezeichnet. Doch die GEZ ist nicht der einzige Preisträger.

Mit den Big Brother Awards werden seit 2000 „Feinde des Datenschutzes“ ausgezeichnet, also all die Unternehmen, Organisationen und Regierungen, die bei der informationellen Selbstbestimmung mal gerne Fünfe gerade sein lassen. Nominieren kann jedeR BesucherIn von www.bigbrotherawards.de, die

Preise werden dann von einer Jury vergeben, in der einschlägige Organisationen vertreten sind, die sich für den Datenschutz stark machen, so z.B. auch der bekannte Chaos Computer Club.

Es geht nicht nur um die Persönlichkeitsrechte des/der Einzelnen, sondern um mehr: Ein Mensch, der ständig bespitzelt, registriert, und von speziell auf ihn/sie abgestimmte Werbung gegängelt wird, verändert mit der Zeit das eigene Verhalten. Er/Sie soll zum durchschaubaren, beliebig manipulierbaren Objekt derjenigen degradiert werden, die seine Daten benützen.

So bekam die Deutsche Post Shop GmbH den Big-Brother-Award im Bereich Arbeitswelt für die Nötigung ihrer geringfügig beschäftigten Post-Shop-BetreiberInnen, einen von ihr bestimmten Arzt zu konsultieren und von seiner Schweigepflicht zu entbinden.

Die Bundesländer Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen wurden wegen der zunehmenden Verletzung von BürgerInnenrechten durch die im Nachgang des 11. September 2001 verabschiedeten und geplanten (Polizei-)Gesetzesvorhaben zur

Inneren Sicherheit mit dem Politik-Award ausgezeichnet; der Innensenator von Berlin wegen des Einsatzes von stillen SMS in Berlin mit einem Regional-Award. Und als preiswürdige Behörde wurde die Regierung der USA auserkoren: Für die Nötigung europäischer Fluglinien, diversen US-Behörden den Zugriff auf die umfangreichen Buchungsdaten aller Passagiere zu gewähren. Und die Deutsche Telekom bekam für die datenschutzwidrige Langzeitspeicherung der sog. IP-Adressen ihrer „Flatrate“-KundInnen einen Award im Bereich Kommunikation.



Der Überwachungs-Märkte

Der Big-Brother-Award für Verbraucherschutz ging diesmal an den Metro-Konzern. Dieser hat in Rheinberg zum „Future Store“ aufgemacht, bei dem alle Waren einen kleinen, unscheinbaren sog. RFID-Chip haben, mit dem die Waren lokalisiert werden können. Aber nicht nur die Waren, sondern auch die Kundenkarten haben einen solchen Chip, so dass auch gleich jede Bewegung der KundInnen mitbeobachtet und protokolliert wird. Somit bleibt keine Bewegung und kein Kaufverhalten im Supermarkt mehr unbeobachtet.

Öffentlichkeit schaffen

Die Big Brother Awards bringen die FeindInnen des Datenschutzes genau dort hin, wo sie nicht sein wollen: Ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Konkrete Beispiele zeigen auf, wie die Gegenseite denkt, arbeitet und vertuscht. Es geht nicht darum, erst zu reagieren, wenn ein konkreter Missbrauch von Daten passiert ist. Aktuelle Entwicklungen von der flächendeckenden Videoüberwachung über Auswertung von Nutzerprofilen bis hin zum Adresshandel müssen frühzeitig analysiert und bekämpft werden, bevor die Privatsphäre endgültig ausgehebelt wird.

hai

Mittwoch, 19. November

Zur Aktualität der deutschen Ideologie

Mit Andrea Woeldike
Freie Autorin und Co-Autorin des Buches
„Freiheit und Wahn deutscher Arbeit“
19.00 Uhr, Auslandsgesellschaft NRW
Grosser Saal, Dortmund

Offenes Treffen des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

20.00 Uhr, Umweltzentrum, Alsenstraße 27

Donnerstag, 20. November

Eröffnung des regionalen Festivals für Video + Film: blicke aus dem ruhrgelb (bis 23.11.)

19.00 Uhr, Kino Endstation, Wallbaumweg

Vortrag: Umgang mit Medikamenten: Zu viel, zu oft, die Falschen?

19.00 - 20.30 Uhr, FrauenGesundheitsZentrum, Alsenstraße 27

Freitag, 21. November

The Last Attraction

„tragic-romantic cabaret-core“, international besetztes Septett aus Amsterdam, präsentiert von Radio BonteKoe
20.00 Uhr, Kino Wagen e.V., Wallbaumweg 137, Bochum-Langendreer

Samstag, 22. November

Gegenstrom Jam und After Show Party

Live on Stage: Black Ash, Komplette Band-breite, Easy X, Mala Class und Martes
21.00 Uhr, Kulturcafé der Ruhr-Uni

Sonntag, 23. November

Matinee der LiedersängerInnen: Yat Kha | Tuva

11.00 Uhr, Bahnhof. Langendreer, Halle

Montag, 24. November

Treffen des Tauschrings

18.30 Uhr, Melanchthonkirche, Königsallee 48

Bochumer Sozialforum: Offenes Arbeitstreffen

19.00 Uhr, Bahnhof. Langendreer

Dienstag, 25. November

Frauen in Afghanistan – Kein Thema mehr?

Nach dem 11. September 2001 haben die USA zum Kampf gegen den internationalen Terror aufgerufen. Als erstes Land wurde Afghanistan angegriffen. Dieser Krieg wurde/wird auch im Namen der Gleichberechtigung der afghanischen Frauen geführt. Die Frauenfeindlichkeit des Talibanregimes war ein gewichtiges Argument für die Weltöffentlichkeit für den Krieg. Unter Krieg leiden aber bekanntermaßen Frauen und Kinder besonders stark. Es soll daher nach 2 Jahren gefragt werden: Was hat dieser Krieg den Frauen gebracht (Gutes und Schlechtes)? Wie sieht die Situation in Kabul, wie auf dem Land aus? Welche emanzipativen Ansätze gibt es? Und welchen Möglichkeiten gibt es für uns in Deutschland lebende Frauen, die Frauen in Afghanistan zu unterstützen? Veranstaltung im Rahmen des Internationalen Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen Referentin Sabine Fründt.

19.00 - 21.00 Uhr, FrauenGesundheitsZentrum, Alsenstraße 27

Vom Anti-Faschismus zum Anti-Globalismus

Antifa als Alternativprojekt zur Massenbewegung, Veranstaltung mit Sören Pünjer
20.00 Uhr, Hundertmeister, Dellwegplatz, Duisburg

Anzeige

Die Flohmarkthallen
haben di. & fr. geschlossen,

aber
mo. 10-18 h, mi. 10-19 h, do. 10-18 h & sa. 10-15 h
jetzt online unter www.flohmarkthallen.de geöffnet!
Hermannshöhe 7 • 44789 Bochum • 0234/313191



Rot-grüne Nikoläuse

Vom Umgang mit der Zwangsarbeit Die letzte Entschädigung

In seiner unsäglichsten Rede zum 3. Oktober stellte Hohnemann auch Fragen, die neben der Ungeheuerlichkeit seiner Feststellung, man könne die Juden ob ihrer Rolle in der russischen Revolution und der Sowjetunion ebenso wie die Deutschen als „Tätervolk“ bezeichnen, verblissen. So dokumentiert er in seiner Rede folgende von ihm an die Bundesregierung gestellte Anfrage: „Ist die Bundesregierung bereit, sich auch für deutsche Zwangsarbeiter einzusetzen, nachdem für ausländische und jüdische Zwangsarbeiter 10 Milliarden DM zur Verfügung gestellt worden sind?“

Die Antwort war: Man könne die beiden Fälle nicht vergleichen. Die Bundesregierung wird sich gegenüber Russland, Polen und der tschechischen Republik auch nicht für eine symbolische Entschädigung und ein Zeichen der Genugtuung für die deutschen Zwangsarbeiter einsetzen. Nicht nur stellt er damit die Zwangsarbeit deutscher Kriegsgefangener mit der nationalsozialistischen „Vernichtung durch Arbeit“ gleich, die insbesondere für die jüdischen SklavenarbeiterInnen galt. Durch die Gegenüberstellung lässt er zudem die Entschädigungssumme als verhältnismäßig hoch erscheinen, was sie aber keineswegs ist. Nun sollte sich endlich der deutschen Opfer nach dem zweiten Weltkrieg zugewandt werden, wie es in den Debatten um den Bombenkrieg und die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg längst der Fall ist.

Mit der Thematik der Entschädigungspraxis und der Erinnerungspolitik in der BRD beschäftigt sich das Buch, „The Final Insult – Erinnerungsabwehr und Zahlungsverweigerung“ der Gruppe offene rechnungen.

„Dieses Buch stellt die Berichte der Überlebenden und ihre Erfahrungen (...) ins Zentrum“ (8). Dabei handelt es sich um drei ehemalige überlebende Sklavenarbeiter, die alle auf ihre Weise an der Diskussion um und den Verhandlungen über die Zwangsarbeiterentschädigung beteiligt waren. Rudy Kennedy, der zur Arbeit für die IG Farben in Auschwitz-Monowitz und später im KZ Mittelbau Dora gezwungen wurde, setzte sich in unermüdlichem persönlichem Einsatz für die Erinnerung an die

Verbrechen und die materielle „Entschädigung“ der SklavenarbeiterInnen ein. Ludwig Krasucki ist Überlebender des KZ Stuttgart und war Mitglied der polnischen Delegation bei den Verhandlungen über die Entschädigung für ehemalige Zwangs- und SklavenarbeiterInnen. Felix Kolmer wurde u.a. zur Arbeit in einem Zweigwerk der Propellerwerke Hermann Göring Hamburg gezwungen und war Mitglied der tschechischen Regierungsdelegation, die an den deutsch-amerikanischen Entschädigungsverhandlungen teilgenommen hat.

Die in diesem Buch dokumentierten Interviews mit den drei Überlebenden „beziehen sich größtenteils auf die Zeit nach der Befreiung“ (11).

Zum einen wird in diesem Buch klar, dass die Entschädigung der Überlebenden der nationalsozialistischen Ausbeutung und Vernichtung „niemals freiwillig“ geschah und „keiner Einsicht in die Notwendigkeit als vielmehr außenpolitischem Kalkül“ geschuldet war (54), wie schon Adenauer die sogenannte „Wiedergutmachung“ gegenüber Israel als Vorrangsetzung der Wiederaufnahme in die internationale Staatengemeinschaft erkannte. So waren die Verhandlungen über die ZwangsarbeiterInnenentschädigung in erster Linie eine Folge der in den USA anhängigen Sammelklagen, in denen die Gefahr einer Schädigung der deutschen Industrie sowie des deutschen Ansehens im Ausland erkannt wurde. Zum anderen wurde daraus resultierend von der deutschen Seite immer mit dem Rechenschieber gearbeitet, um die Kosten so gering wie möglich zu gestalten, wie Krasuckis Aussage illustriert: „Uns gegenüber saß die deutsche Delegation und wir wussten, dass sie keine Mörder aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs waren. Das waren Politiker und Vertreter der Industrie. Sie traten als Buchhalter auf mit Ziffern, Bedingungen und Prozenten“ (119). Die Feststellung Kolmers, „es war ein richtiger Kuhhandel“ (128), illustriert, warum Rudy Kennedy das Verhandlungsergebnis von 10 Milliarden DM als „final insult“, eine letzte Beleidigung“ (77) bezeichnet. Diese Beleidigung wird durch das Verhalten vieler deutscher Unternehmen, die sich lange oder bis zum Schluss weigerten, in den Fond einzuzahlen, nicht gerade gemildert. Rolf Surmann zeigt, dass auch der Umgang mit anderen Opfergruppen wie den Euthanasieopfern, den Homosexuellen und den Deserteuren, die zwar (weitestgehend) rehabilitiert, aber nicht entschädigt wurden, immer auch wesentlich von ökonomischen Interessen bestimmt ist.

Dass die Verhandlungen darüber hinaus von Ignoranz und fehlender Sensibilisierung gegenüber den Überlebenden geprägt war, zeigen Aussagen wie die, dass die Überlebenden „Glück gehabt hätten als Sklavenarbeiter arbeiten zu können, weil wir sonst in die Gaskammer gekommen wären“ (137). Das Gefährliche um die Mindestaufenthaltsdauer in einem KZ, die zu einer Entschädigung berechtigten sollte, die letztendlich aber nicht durchgesetzt wurde, fällt in die gleiche Kategorie.

Dass die Überlebenden in einem ihrer zentralen Anliegen, der Anerkennung und Erinnerung der an ihnen begangenen Verbrechen, immer wieder auf taube Ohren gestoßen sind, zeigt sich z.B. daran, dass sie auf die Ausgaben des Zukunftsfonds keinen gestaltenden Einfluss haben.

Flankiert wird dieser zentrale Abschnitt des Buches, in dem Überlebende zu Wort kommen, von Beiträgen zu verschiedenen Aspekten der „Sklavenarbeit“, der Entschädigungsdebatte und -praxis in der BRD sowie dem Umgang mit der Erinnerung an die Zwangsarbeit bzw. ihrer Abwehr. Dabei finden sich recht interessante Thesen wie die von Mueller/Ebbrecht, dass das sogenannte „Wirtschaftswunder“ der BRD zu einem Gutteil auf der Ausbeutung während des Zweiten Weltkriegs beruhte, da „der größte Teil der Kriegsindustrie [...] sein Kapital durch den Bau von unterirdischen Produktionsanlagen durch die Ausnutzung der Zwangs- und Sklavenarbeiter in die Nachkriegszeit retten“ konnte (43).

Leider gibt es auch Aussagen, die den LeserInnen besser erspart geblieben wären: „Um die Bedürfnisse schwerst geschundener Menschen ging es der deutschen Verhandlungsseite nie, wohl aber um die Demütigung überlebender Zwangs- und Sklavenarbeiter [...]“ (65) Dass das Ziel der deutschen Delegation eine Demütigung der Überlebenden gewesen sei, und nicht nur sich möglichst billig aus der Affäre zu ziehen, was den Überlebenden nun durchaus als Demütigung erschienen sein mag, istbarer Unsinn. Überhaupt hätte die Unterlassung des teilweise pamphletarischen Charakters der Texte dem Anliegen der Gruppe offene rechnungen sicherlich mehr Überzeugungskraft verliehen.

Marius Schiffer

Gruppe offene rechnungen (Hg.): The Final Insult. Das Diktat gegen die Überlebenden. Deutsche Erinnerungsabwehr und Nichtentschädigung der NS-Sklavenarbeit, Münster (Unrast) 2003, 274 S., 14,- Euro

Die Gefährdungsstufe 1 ist die Gefährdungsstufe, mit der die Polizei arbeiten muss, wenn sie ganz hohe Tiere, richtig wichtige Leute, Menschen, die echt gefährdet sind, zu Gast hat. In Bochum sind das derzeit die Minister der SPD (deren Ministerinnen sind nicht wichtig genug, die müssen ja auch nicht den Laden von innen aufräumen, das Ländle verteidigen, andere Länder angreifen oder wohlmöglich sogar diese Republik regieren).

Sollte dies der Fall sein, kann es schon mal sein, dass die Bochumer Polizei einen richtigen großen Einsatz zu bewältigen hat. Einen so großen Einsatz, dass es fast keine vergleichbaren gegeben hat in den letzten Jahren. Vielleicht der am 22. Februar, da waren eventuell noch mehr PolizistInnen in Bochum.

So wirklich kann man das aber nicht wissen, denn schließlich hatte für Montag morgen nicht nur die Gewerkschaft der Polizei Bochum, sondern sogar die bundesweite Organisation der Gewerkschaft der Polizei zu revolutionären Protesten, die an die Massenproteste in der DDR 1989 erinnern sollten – also doch nur reformistische waren – aufgerufen. Und da die recht zahlreich gewesen sein sollen, waren auch dementsprechend viele PolizistInnen in Bochum. Die Gewerkschaft der Polizei demonstriert dabei gerne auch mal in Uniform, allerdings ist das wiederum nicht ganz so praktisch. Wie soll man denn da die richtigen OrdnungshüterInnen von den demonstrierenden unterscheiden? Wer ist da eigentlich gegen wen? Und wer darf dann auf wen einprügeln? Die, die die Auflagen für die Polizeidemo gemacht haben, haben sich hier nicht ganz so strenge Sachen ausgedacht. Ein gelber Schal, so Polizeipräsident Wenner bei der Pressekonferenz zum Einsatz, würde schon reichen. Die DemonstrantInnen haben sich aber gegen gelbe Schals ausgesprochen, sondern sich stattdessen für rote Nikolausmützen entschieden. Also ist eine Horde rot-grüner Nikolaus-PolizistInnen – vermutlich eine ehrenhafte Reminiszenz an die Farben der deutschen Nationalregierung – in der Nähe des RuhrCongresses unterwegs gewesen, unterstützt von einigen Firefighters und BundeswehrsoldatInnen, die auch bei der Demo dabei waren.

Wo wir gerade bei dem Demoaufgebot gegen den SPD-Parteitag sind: So viele Demos wie in den letzten drei Tagen waren in Bochum lang nicht mehr gesehen. Der Verein, der mit einem aufblasbaren Grundgesetz für mehr Demokratie eintreten wollte, war nur eine unter zahlreichen Gruppierungen, die der SPD ihre Meinung sagen wollten. Am Dienstag war übrigens eine weitere Demo am RuhrCongress angemeldet, wo eine Gelsenkirchener Firma gegen das Dosenpfand demonstrieren wird.

Es wird abzuwarten sein, wie viel Gegenwind der SPD in Bochum entgegen geblasen wurde, der Parteitag tagte bei Redaktionsschluss noch.



bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Mona Beumers, Gerd Krauss, Jan Reinecke, Kristin Schwier
Redaktion dieser Ausgabe: Heiko Jansen (hai), Daniel Kloda (dek), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)
V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

SPEISEPLAN

Gültig für die Woche vom Mi 19.11.2003 - Di 25.11.2003



Q-WEST, HZO, GB-RONDELL

STANDARD / VEGETARISCHE ALTERNATIVE / PFANNENGERICHT / TAGES-TIP / NUDEL- / SALATTHEKE

ANGEBOTE DER CAFETERIEN

Warme Snacks in GA, GB, NA, NC, SH KALTE SNACKS & BRÖTCHEN

MITTWOCH	RINDFLEISCHBÄLLCHEN MIT PAPRIKASOSSE, Rote Beete Salat und Erbsen-Reis-Risotto	KARTOFFEL-MÖHREN-AUFLAUF mit Gartensalbe, Blumenkohl	TOFUPFANNE-GRIECHISCHE ART mit Krautsalat und Dönersauce	BIOLOGISCHE-FETA-KARTOFFELTASCHKE mit Käsesoße, Mischsalat mit Joghurt dressing	JEWELS AB 10:30 UHR
DONNERSTAG	SCHLEMMERFILET MIT PIKANER AUFLAGE mit Dillsoße, Broccoli und Kräuter Püree	GEMÜSE-TORTELLINI mit Parmesan-Basilikumsoße, Eisbergsalat mit einem Mandarinen dressing	KARTOFFEL-STEAKHOUSE-PFANNE mit Rahmgurkensalat	TOFU-PFANNE NACH CHILI-ART mit verschiedenen Gartensalate, Vollkornreis	Donertaste... ... mit Feta ... mit Hähnchen
FREITAG	TRUTHAHNRÖULE MIT ROBERTSOSSE, Sommergemüse und Bratkartoffeln	LASAGNE BOLOGNESE mit Tomatenrahmsauce, Tomaten-Gurkensalat	TOFUGESCHNETZELTES „CHINA ART“ mit Asiasalat und Basmatireis	GEMÜSE-EINTOPF mit Nudeln	Laugentange „Cordon Bleu“ Sesambrotchen mit Backfisch
MONTAG	HÄHNCHENBRUST NATUR mit Curry-Pfirsichsoße, Brokkoligemüse und Kokosreis	BAMI-MEDAILLON mit Asiasoße, Asiasalat und Vollkornnudeln	VEGETARISCHE SCHUPF-NUDEL-GEMÜSEPFANNE mit Salat	GEMÜSESCHNITZEL mit Kräutersoße, Tagemischsalat und Kräuterpüree	Pizza Bagle mit Thunfisch Mini-Baguette mit Tofu
DIENSTAG	CEVAPCICI MIT PUSTASOSSE, Rohkostsalat Reis	VEGETARISCHE FRÜHLINGSROLLE mit Curry-Kokossoße, Asia-Wok-Gemüse und Vollkornspaghetti	NASIGORENG mit Salat (als Salatbeilage)	LAG BEI REDAKTIONSSCHLUSS LEIDER NOCH NICHT VOR	Joggingbrötchen mit Lachs Tagessuppe im täglichen Wechsel in Essschälchen (verzehrbare)

Zugelassene Zusatzstoffe: (1) mit Konservierungsstoff, (2) mit Antioxidationsmittel, (3) mit Farbstoff, (4) geschwefelt, (5) geschwärzt, (6) mit Phosphat, (7) mit Milcheiweiß, (8) mit Süßungsmittel, (9) mit Geschmacksverstärker, (10) enthält eine Phenylalaninquelle, (11) gewachst, (12) Schweinefleisch, (13) Rindfleisch, (A) Alkohol